Bieler Tagblatt 5

Region Region

Die Hausbesitzer am Bielersee fühlen sich vom Kanton im Stich gelassen

Die Interessengemeinschaft der Uferanwohnenden kämpft seit Jahren für mehr Unterstützung gegen die Hochwasser. Jetzt ruft sie den Kanton zusätzlich auf, Seegras und Schwemmholz schon zu bekämpfen, bevor sie Schaden anrichten.

Beat Kuhn

An einem See zu wohnen, ist ein Privileg – am Bielersee zu wohnen wegen der regelmässigen Hochwasser nur bedingt. Beat Zahnd ist einer dieser bedingt Privilegierten. Anfang 2005 zogen der gebürtige Möriger und seine Frau in Gerolfingen in ihr neu erbautes Haus direkt am See, «das wegen der damaligen Bauvorschriften einen Meter zu tief gebaut werden musste», wie Zahnd sagt, also tiefer, als es zum Schutz vor Hochwasser nötig gewesen wäre.

Zweimal Küche, Schränke und Böden ersetzen müssen

«Im Sommer desselben Jahres hatten wir das Haus ein erstes Mal voll Wasser, 2007 ein zweites Mal.» Beide Male hätten sie die Küche und sämtliche Einbauschränke sowie die Böden ersetzen müssen. Auch habe es beide Male Monate gedauert, bis das Haus wieder rundum trocken gewesen sei.

«So kann es nicht weitergehen», sagte sich Zahnd und beschloss, einen Verein zum Schutz der Häuser am Ufer zu gründen. Damit rannte er offene Türen ein, weil natürlich alle mit dieser Wohnlage Ähnliches erlebt hatten.

Im Dezember 2007 fand die Gründungsversammlung der Interessengemeinschaft (IG) Aqua alta statt, was auf Lateinisch «hohes Wasser» bedeutet. Trotz seiner zentralen Rolle übernahm damals nicht Zahnd das Präsidium, weil er beruflich stark ausgelastet war, sondern der damals noch unbekannte Adrian Hutzli.

Als Erstes bot die IG Hilfe zur Selbsthilfe, indem sie den Mitgliedern technische Hilfsmittel zum Schutz der Häuser vermittelte. Allerdings taugten nicht alle etwas. So dichteten die teu-



Der bis zu einem Meter dicke Seegrasteppich musste auf Kosten der Ufergemeinden entfernt werden.

Bild: Anne-Camille Vaucher/a

ren Kunststoffkissen nicht wirklich ab und bei hoher Sonneneinstrahlung zerplatzten sie gar.

Nach dem Hochwasser von 2007 seien Hochwasser mit Schädigung der Häuser am See dann allerdings weitgehend ausgeblieben, sagt Zahnd. Obwohl der Bielersee auch in dieser Zeit mehrfach die Hochwassermarke von 430,35 Meter über Meer knackte, habe es «überschwemmungsmässig keine nennenswerten Ereignisse» für die Seeanwohnenden gegeben. So habe der

Verein auf regelmässige Aktivitäten verzichten können.

Ab 2011 seien die Bauvorschriften rund um den See so angepasst worden, dass die Häuser wieder – wie in den 60er- und 70er-Jahren – um einen Meter höher gebaut werden können beziehungsweise sogar müssen.

«Reaktivierungs-Generalversammlung»

Nachdem beim Hochwasser 2021 der Pegel mit 430,94 Meter über Meer auf den höchsten Wert seit der Juragewässerkorrektion stieg, liessen einige IG-Mitglieder ihre Häuser um diesen einen Meter anheben, damit sie vom Hochwasser nun weniger rasch erfasst werden können. Diese Massnahme ist allerdings sehr teuer und nur bei geeigneten Hauskonstruktionen, zum Beispiel bei Holzhäusern, machbar.

Zudem meldete sich die IG mit der Forderung nach weiteren baulichen und präventiven Schutzmassnahmen des Kantons zu Wort. Mehrere Vorstösse im Grossen Rat taten dies ebenfalls, fanden beim Regierungsrat aber bis anhin keinen Widerhall.

Dass die Frequenz und das Ausmass der Hochwasser wieder geringer werden, als es in den vergangenen Jahren der Fall war, ist nicht anzunehmen. Denn, so die IG auf ihrer Website: «Infolge des Klimawandels wird es vermehrt zu Regen und somit auch zu Hochwasser kommen.»

So sagt Zahnd: «Jetzt ist es an der Zeit, unseren Verein wieder aufleben zu lassen.» In Täuffelen hat kürzlich eine «Reaktivierungs-Generalversammlung» stattgefunden. 39 der mittlerweile rund 60 IG-Mitglieder nahmen daran teil. Dabei übergab Hutzli das Präsidium der IG an Zahnd. Als Pensionierter hat er heute mehr Zeit für dieses Amt als Hutzli, der ein Unternehmen leitet und Gemeindepräsident von Täuffelen-Gerolfingen ist.

Gegen Fallholz zur Förderung der Biodiversität

Die Reaktivierung des Vereins wird auch mit neuem Ungemach begründet. So ärgert man sich darüber, dass sich der Kanton weigere, «finanzielle oder aktive Hilfe für das Entfernen von Schwemmholz und Seegras zu leisten»

Das Rekordhochwasser im Sommer 2021 und auch das erste Winterhochwasser überhaupt Ende 2023 brachten tonnenweise Schwemmholz in den Bielersee. Die Entsorgung ist laut Zahnd heute generell so geregelt, dass das auf dem See umherschwimmende Holz durch den Kanton eingesammelt und entfernt werden muss.

Beim Holz, das durch Wind und Wellen ans Ufer getrieben wird und sich nach dem Rückgang des Hochwassers auf dem Ufer ablagert, sei dies jedoch «Sache der jeweiligen Gemeinde und der betreffenden Privatanstösser».

Die IG fordert, dass es der Kanton unterbindet, «Fallholz an den Flussufern der Gewässer im Berner Oberland liegen zu lassen, um damit angeblich die Biodiversität zu fördern». Denn dieses Fallholz – ganze Baumstämme – lande bei Hochwasser via Hagneckkanal als Schwemmholz im Bielersee und an dessen Ufer.

Kanton soll Seegras selbst mähen

«Auch beim Problem des Seegrasteppichs, das 2022 und 2023 auftrat, wurden wir vom Kanton in keiner Weise unterstützt», heisst es auf der Website der IG. Im Gegensatz zum Schwemmholz ist die Beseitigung des Seegrases laut Zahnd überhaupt nicht klar geregelt.

Der bis zu einem Meter dicke Teppich sei unter anderem ebenfalls eine Folge des Hochwassers 2021 gewesen. So sei das Abwasser damals in einigen Kläranlagen übergelaufen, wodurch Nährstoffe in den See gelangt seien. Diese hätten zu einem Wuchern des Seegrases geführt. Dessen Entsorgung hätten die Gemeinden und die Privaten selbst organisieren müssen, so Zahnd.

Aus seiner Jugendzeit in Mörigen weiss er, dass es schon in den 60er- und 70er- Jahren «extrem viel Seegras» gab. Damals habe der Kanton frühzeitig die «Seekühe» aufgeboten, um das Gras zu mähen und zu entsorgen, also bevor sich dieses vom Grund löste und durch Wind und Wellen ein unansehnlicher und für Seenutzende gefährlicher Teppich entstand.

In den 80er- und 90er-Jahren sei Seegras dann kein grosses Problem mehr gewesen, weil der See sauberer geworden sei und weniger Nährstoffe enthal-

ten habe. Damals habe der Kanton die «Seekühe» an die Gemeinden abgetreten – mit der Auflage, dass die Entsorgung von nun an bei ihnen liege. Mittlerweile seien diese Seegras-Mähmaschinen aus Altersschwäche ausser Dienst gesetzt.

Jene «Seekühe», die 2022 und 2023 im Einsatz gestanden seien, würden von Privatfirmen betrieben und müssten von den Gemeinden angemietet werden, macht Zahnd klar.

Gebäudeversicherung zahlt Schäden nicht mehr

Weiter beklagen die IG-Mitglieder wie alle Bootsbesitzer und Seenutzerinnen, dass sie durch die Ausweitung der Naturschutzgebiete und Fahrverbote immer mehr eingeengt würden. Das sei zum Beispiel bei der laufenden Revision des Aaredeltas Hagneck und des Seestrandes Lüscherz der Fall, bei der gegenwärtig das Mitwirkungsverfahren läuft.

Für Unmut bei den Hausbesitzern sorgt laut Zahnd auch, dass Präventionsmassnahmen nicht unterstützt würden. So habe die IG versucht, entsprechende Beiträge von Versicherungen und staatlicher Seite zu erhalten. Doch das sei nicht gelungen.

Im Gegenteil: «Die kantonale Gebäudeversicherung hat erklärt, dass sie für Hochwasserschäden rund ums Haus künftig nicht mehr aufkommen werde.» Und der Staat reagiere auf die Anhebung der Häuser einzig damit, dass er diese als Mehrwert einstufe und stärker besteuere.

